

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Räume für die Kultur jetzt - Neugestaltung des „Bündnisses für Arbeitsräume“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sein „Bündnis Kultur Räume Berlin“ von Grund auf zu hinterfragen und ein schlüssiges Konzept zu entwickeln. Für eine funktionierende Organisationsstruktur mit einer klaren und für alle Beteiligten transparenten Verteilung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Diese soll geprägt sein von einer Kultur der Gleichberechtigung und Nutzung der jeweils vorhandenen Erfahrung und Expertise, mit dem gemeinsamen Ziel, den Erfordernissen der Kulturschaffenden so schnell und so perspektivisch verlässlich wie möglich gerecht werden zu können.

Das aktuell vorgesehene Konstrukt aus GSE gGmbH, BIM, bbk-Kulturwerk GmbH und PROSA, dem Bündnis Freie Szene, unter Führung der neu gegründeten Kultur Räume Berlin GmbH, ist in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig, wie die vielen Unklarheiten, Reibungsverluste und das Kompetenz-wirrwarr belegen, und was auch durch die Ausschuss-Anhörung erkennbar wurde.

Der bereits vorgesehene Arbeitsraumausschuss soll in Absprache mit den beteiligten Akteuren dementsprechende Veränderungen innerhalb des Bündnisses beraten und schnellstmöglich, mit dem Ziel schlanker und agiler Förderstrukturen, beschließen.

Statt der Führung des Bündnisses Kultur Räume Berlin sollte die Kultur Räume GmbH sich eher auf Aufgaben des Controllings konzentrieren und die Kernaufgaben Akquise, Entwicklung, Anmietung, Ausschreibung und Vergabe der Räume rückübertragen an die GSE, den bbk und PROSA, die sich teil-weise auf diesem Gebiet über Jahre bewährt haben.

Des Weiteren müssen weitere geeignete Maßnahmen getroffen werden zur Sicherung und Verbesserung der Arbeitsraumförderung im Land Berlin, zum Beispiel:

Das Ateliersofortprogramm muss im nächsten Doppelhaushalt deutlich verstärkt werden, um unmittelbare Härten abzufangen.

Baukostenzuschüsse müssen auch gemeinnützigen und privaten Genossenschaften, Gruppen, Vereinen und Eigentümern zugutekommen können, zum Beispiel aus dem Investitionstitel des Arbeitsraumprogramms.

Im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sollten Kulturräume mit Belegungsbindung geschaffen werden (Zielmarke 1 %), und existierende belegungsgebundene Atelierwohnungen sollten durch Angebote zur Verlängerung von Förderverträgen gesichert werden.

Das Landesbürgerschaftsprogramm für Atelierbauprojekte sollte so überarbeitet und angepasst werden, dass es anwendbar wird.

Baukosten und Bauzeiten landeseigener Projekte, sollten transparent zur Verfügung stehen, damit eine sinnvolle Priorisierung und angemessene Kosten/Nutzen-Einschätzung frühzeitiger vorgenommen werden können.

Sinnvoll ist auch eine zügige Aktivierung von Arrondierungs- und Restflächen, die mit der neuen Flächenkategorie „Urbane Optionsflächen“ im Land Berlin nun möglich ist.

Darüber hinaus ist ein neues Instrument zu schaffen, welches Bestandsstandorte, auch spartenübergreifend und interdisziplinär, unbürokratisch und wirkungsvoll fördern kann.

Begründung:

Der Senat hat bereits in der letzten Wahlperiode ein „Bündnis Kultur Räume Berlin“ geschlossen, mit der Begründung bei der Verteilung von Arbeits- und Präsentations-Räumen für Kulturschaffende den einzelnen Sparten in Zukunft so besser gerecht werden und den zunehmenden Bedarf zuverlässiger decken zu können.

Das Konstrukt setzt sich zusammen aus der dafür neu gegründeten Kultur Räume Berlin GmbH, die die Führung des Bündnisses übernehmen soll, der GSE gGmbH (Gemeinnützige Gesellschaft für Stadtentwicklung GmbH), der BIM, dem bbk-Kulturwerk GmbH und dem Bündnis Freie Szene e.V. (PROSA).

Leider konnte das Bündnis bis heute keine Erfolge vorweisen, im Gegenteil, man hat es noch immer nicht geschafft, eine funktionierende und zielgerichtete Kooperation herzustellen. Es gibt keine eindeutig definierten Kompetenzen und keine klare Rollenverteilung der einzelnen Akteure. Auch ein Mangel an Transparenz von Seiten der BIM und der Kulturräume GmbH wird immer wieder beklagt. Kulturschaffende bemängeln viele weitere Missstände: So werden zum Beispiel Mietverträge geändert, gekündigt oder Räume stehen plötzlich nicht mehr zur Verfügung. Viele Kulturschaffende sind dadurch in ihrer Existenz gefährdet. Sie können nicht arbeiten, Projekte nicht realisieren.

Bei den Kulturverbänden bbk und PROSA, die die Räume für Kulturschaffende in Zusammenarbeit mit der GSE bis dato erfolgreich in eigener Verantwortung verteilt hatten, stößt das vom Senat hergestellte Konstrukt auf Kritik und Unverständnis, insbesondere deshalb, weil es auch nach immerhin 2 Jahren und einem erheblichen Budget bisher keine spürbaren Vorteile für die Berliner Kulturlandschaft gebracht hat.

Darüber hinaus gibt es viele bisher ungenutzte Möglichkeiten, die eklatante Raumnot der Kulturschaffenden in dieser Stadt zu lindern.

Hier muss kurzfristig Abhilfe geschaffen werden! Eine schnelle, perspektivisch sichere und passende Verteilung von Räumlichkeiten für die Kulturschaffenden der Stadt muss Maßstab der Aktivitäten sein. Die durch Pandemie- und Energiekrise gebeutelte Kulturbranche benötigt die Räume und Planungssicherheit jetzt!

Berlin, 07. November 2022

Wegner Dr. Juhnke
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU